

1 *Antragssteller: Workshop Innen- und Rechtspolitik*

2 **JUSTIZ STÄRKEN. VERMÖGENSABSCHÖPFUNG NUTZEN. GERECHTIGKEIT FÖRDERN.**

3 Die StGB-Novellierung vom 1. Juli 2017 hat den Staatsanwaltschaften in Deutschland neue Möglichkeiten im
4 Kampf gegen die organisierte Kriminalität eröffnet. Doch hieraus ergeben sich auch mannigfaltige neue
5 Aufgabenfelder, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, sowie weitere Ermittlungsbehörden, vor ungeahnte
6 Herausforderungen stellen.

7 Durch die breitere Anwendbarkeit der Vermögensabschöpfung ist die Aufgabenlast der Staatsanwaltschaften
8 angewachsen. Mit gestiegenen Fallzahlen stiegen aber auch die dem Fiskus zugeführten Mittel, die zuvor in
9 krimineller Weise diesem vorenthalten wurden, exponentiell. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Gleichzeitig
10 müssen wir jedoch den gewachsenen Anforderungen an die Staatsanwaltschaften und den zuarbeitenden
11 Behörden in besonderer Weise Rechnung tragen. Hierzu ist es vor allem sinnvoll, die Personalausstattung in den
12 Strafverfolgungsbehörden aufzustocken und flexibler sowie interoperationaler zu gestalten. Dies kann unter
13 anderem durch spezielle Lehrgänge erreicht werden, die einen bedarfsgerechten Wissensaustausch innerhalb
14 der staatsanwaltschaftlichen Organisationsstruktur eröffnen. Diese Lehrgänge sollen die Mitarbeiterinnen und
15 Mitarbeiter befähigen, agil in staatsanwaltschaftlichen Aufgabengebieten eingesetzt zu werden.

16 Die gehäufte Anwendung der Vermögensabschöpfung aktiviert zuvor nicht erreichbare haushalterische
17 Spielräume. Im Zuge dieser Erkenntnis halten wir es für geboten, innerhalb eines wissenschaftlich begleiteten
18 Pilotprojektes zu prüfen, inwiefern sich neu geschaffene Stellen innerhalb der Staatsanwaltschaften durch
19 schneller vollstreckbare Fälle selbst tragen.

20 Zur Effizienzsteigerung der Justiz ist auch eine moderne infrastrukturelle Ausstattung aller staatlichen
21 Stakeholder der Strafverfolgung und Rechtsprechung notwendig. Dazu gehört neben der Einführung der „E-
22 Akte“ und vergleichbaren Neuerungen, und auch das Anwaltspostfach, auch die Ausstattung von Gerichtssälen
23 mit zeitgemäßer bild- und tonverarbeitender Hardware. Inwiefern hierbei auch eine Protokollierung von
24 Hauptverhandlungen im Strafverfahren mit Video- oder vergleichbarem Material sinnhaft ist, ist aufgrund der
25 Diversität und Kontroversität der vorgebrachten Argumente aller am Erneuerungsprozess beteiligten Parteien
26 nur schwer zu beantworten; hierbei sei vor allem das Spannungsfeld zwischen strafprozessualen
27 Öffentlichkeitsinteresse und der Wahrung der Persönlichkeitsrechte der am Strafprozess beteiligten Personen
28 erwähnt. Die sich hieraus ergebenden allumfassenden Änderungen der Arbeitsabläufe für Gerichte sollen nach
29 unserer Auffassung in einer dafür geschaffenen Enquetekommission des Bundestages erörtert werden.

30 Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN fordert:

- 31 • Aufstockung der Personalressourcen bei Zoll, Steuerfahndung und bei den Staatsanwaltschaften
- 32 • Prüfung der Frage, ob neu geschaffene Stellen bei den Vermögensabschöpfungsabteilungen in den
33 Staatsanwaltschaften sich aus haushalterischer Sicht gegebenenfalls selbst tragen können
- 34 • Schaffung von Lehrgängen zur besonderen Qualifizierung von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten
35 sowie Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern im Rahmen der sich neu ergebenden Aufgabenfelder
- 36 • Modernisierung der Gerichtssäle unserer Heimat. um den komplexen Herausforderungen der
37 Digitalisierung angemessen begegnen zu können
- 38 • Einsetzung einer beim Bundestag angesiedelten Enquetekommission zur Erörterung der Frage, inwiefern
39 eine standardisierte Ausstattung der Gerichtssäle mit Video- und Audioaufzeichnungsequipment zur
40 Protokollierung der Verhandlung sinnvoll erscheint
- 41 • Sowie Beschleunigung der E- Akte